

Inhalt

1-4	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Präsidium des Deutschen Städtetages beriet in Plauen • Bundesteilhabegesetz und Entlastung der Kommunen schneller verwirklichen • Wohngeld an steigende Kosten anpassen
5-10	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Verkehr vernetzen in Karlsruhe Von Dr. Frank Mentrup • Urbane Agenda der EU – Was ist zu erwarten? Von Walter Leitermann
10	Aus den Städten
12	Fachinformationen
12	Personalien
16	Termine

Städtetag begrüßt konkrete Hilfen für von Armutszuwanderung betroffene Städte

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Pläne der Bundesregierung zum Umgang mit Armutszuwanderung in einigen Städten sowie die konkret angekündigte Unterstützung besonders betroffener Kommunen, zum Beispiel durch das Programm Soziale Stadt. Die deutschen Städte schätzen die Freizügigkeit in der Europäischen Union als Errungenschaft für das Zusammenleben, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly nach einer Präsidiumssitzung in Plauen: „Die meisten Menschen aus Südosteuropa sind in Deutschland gut integriert und leisten ihren Beitrag zum Gemeinwesen. In einigen Städten jedoch konzentrieren sich Schwierigkeiten mit sozial schwer integrierbaren Familien, etwa bei der Wohnungs- und Gesundheitsversorgung. Es ist gut, dass der Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses der Bundesregierung sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt, das der Deutsche Städtetag im Frühjahr 2013 mit seinem Positionspapier erstmals breiter in die Öffentlichkeit getragen hat.“

In dem vom Bundeskabinett Ende März verabschiedeten Zwischenbericht des Staatssekretärs-Ausschusses werden bereits konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die Forderungen des Städtetages und der betroffenen Städte aufgreifen. „Wir erhoffen uns durch die vorliegenden Vorschläge spürbare Verbesserungen. Beispielsweise soll das Programm Soziale Stadt von 40 auf 150 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden, um sozial benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und den Bewohnern zu helfen. Etwa 10 Millionen Euro des Programms Soziale Stadt sind gezielt für Städte vorgesehen, die besonders von Armutszuwanderung betroffen sind. Es ist gut, dass außerdem Mittel aus europäischen Programmen mit Ko-finanzierung durch den Bund zielgerichtet auf die kommunalen Probleme zugeschnitten eingesetzt werden können. Um eine gute Wirkung zu erzielen, sind die Länder gefordert, die Mittel für das Programm Soziale Stadt in gleicher Höhe zu ergänzen und den Eigenanteil von Kommunen in Haushaltsnotlagen auf 10 Prozent zu reduzieren“, so der Städtetagspräsident.

Sinnvoll sei zudem, Integrationskurse in besonders betroffenen Städten als Projekt besser auf diesen Teil der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien auszurichten und dort eine zusätzliche Betreuung durch Sozialpädagogen vorzusehen. Positiv beurteilt

(Fortsetzung auf Seite 2)

der Deutsche Städtetag die Absicht der Bundesregierung, aktiv auf die Krankenkassen zuzugehen, um zur Klärung der Krankenversicherung von Zuwanderern beizutragen. Denn die Rechtslage sei sehr kompliziert. Richtig sei ebenso der Plan, die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit zu erweitern. Auch die Berechtigung zum Kindergeldbezug solle besser geprüft werden können. Der Zwischenbericht spreche außerdem Schritte gegen einen möglichen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts an. Dabei erscheinen befristete Wiedereinreisesperren in eklatanten Fällen oder die grundsätzliche Befristung von Zeiten der Arbeitssuche als mögliche Instrumente.

„Die Empfehlungen und Vorhaben der Bundesregierung sollten zügig umgesetzt werden, um die Situation in den besonders betroffenen Städten bald zu verbessern. Bund, Länder und Kommunen müssen die mit der Armutszuwanderung verbundenen Probleme

gemeinschaftlich anpacken. Das wird im Zwischenbericht deutlich“, erläuterte Maly.

Über den Zwischenbericht hinaus kann sich der Deutsche Städtetag zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen auch für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union vorstellen, um Zuwanderer mit Integrationschwierigkeiten stärker zu fördern. Und im Gewerbebereich hält der kommunale Spitzenverband es über die jetzt vorgeschlagenen Verbesserungen hinaus weiterhin für sinnvoll, dass Gewerbeaufsichtsämter in Zweifelsfällen die Möglichkeit erhalten, Nachweise für eine selbständige Tätigkeit verlangen zu können. Das könnte helfen, noch wirksamer gegen Scheinselbständigkeit vorzugehen. Der Deutsche Städtetag bekräftigte, dass Armutszuwanderung vorgebeugt werden sollte, indem Hilfen der Europäischen Union für die betroffenen Menschen in den Herkunftsländern umgesetzt werden.

Bundesteilhabegesetz und Entlastung der Kommunen schneller verwirklichen – Sozialausgaben auf Rekordniveau

Der Deutsche Städtetag hält eine schnellere Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben für nötig als im Beschluss des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt und zur Finanzplanung kürzlich angekündigt. Die Städte fordern die Regierungskoalition im Bund auf, das geplante Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen, in dem auch die Entlastung der Kommunen durch den Bund vorgesehen sein soll, rasch auszuarbeiten und zu verwirklichen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, erklärte: „Die von der Koalition angekündigten deutlichen Entlastungen der Städte von steigenden Sozialausgaben dulden keinen Aufschub in die nächste Legislaturperiode. Die kommunalen Sozialausgaben haben im vergangenen Jahr ein Rekordniveau von 47 Milliarden Euro erreicht. Für das von der Regierungskoalition geplante Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen und für die dabei angekündigte Entlastung der Kommunen um jährlich 5 Milliarden Euro müssen noch in dieser Legislaturperiode klare Perspektiven kommen und nicht erst im Jahr 2018.“

Generell begrüßt der Deutsche Städtetag die Absicht des Bundes, die Kommunen bei den stetig steigenden Sozialausgaben weiter zu entlasten und sich an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederung von

Menschen mit Behinderung mit Bundesmitteln finanziell zu beteiligen. Der Zeitplan der Entlastungen müsse allerdings noch einmal diskutiert werden, sagte Maly.

Allein im vergangenen Jahr sind die kommunalen Sozialausgaben um 2,5 Milliarden Euro auf 47 Milliarden Euro gestiegen. Besonders belastet sind mit diesen Ausgaben Städte in strukturschwachen Regionen, deren Finanzlage ohnehin häufig sehr schwierig ist. „Viele Städte können sich trotz erheblicher eigener Anstrengungen allein nicht aus ihrer schwierigen Finanzlage befreien – gleichzeitig fehlt diesen Städten das Geld für wichtige Investitionen. Für diese Städte sind die von der Koalition angekündigten Entlastungen nicht nur richtig und wichtig, sondern auch sehr dringlich“, sagte Maly. Vor dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes sieht der Koalitionsvertrag eine jährliche Entlastung der Kommunen um eine Milliarde Euro vor. Diese Entlastung müsse ebenfalls schnellstmöglich kommen, machte der Deutsche Städtetag deutlich. Realisiert werden solle diese Entlastung, indem der Bund seinen Anteil an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose erhöht, die zum allergrößten Teil von den Kommunen getragen werden. Dieser Finanzierungsweg werde Kommunen mit hohen Sozialausgaben besser gerecht als ein höherer Umsatzsteueranteil der Kommunen.

Deutscher Städtetag: Wohngeld an steigende Mieten und die Einkommensentwicklung anpassen

Die Städte appellieren an die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag angekündigte Wohngeldnovelle zügig auf den Weg zu bringen und die Wohngeldleistungen an die tatsächliche Miet- und Einkommensentwicklung anzupassen. Darüber hinaus sollten auch die steigenden Heizkosten berücksichtigt werden. „Das Wohngeld ist derzeit auf dem Stand von 2009 eingefroren. Seitdem sind die Kaltmieten durchschnittlich um 5 Prozent gestiegen, in vielen Groß- und Universitätsstädten lag die Steigerung noch deutlich darüber. Deshalb muss das Wohngeld dringend an die steigenden Mieten und die Einkommensentwicklung angepasst und außerdem dynamisiert werden. Es kommt darauf an, das Auseinanderdriften von tatsächlichen Wohnkosten und Wohngeldleistungen dauerhaft zu verhindern“, sagte die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigschafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, nach einer Präsidiumssitzung in Plauen.

Der Deutsche Städtetag beschloss ein Positionspapier „Wohngeld und Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II“ (Hartz IV), das eine bessere Abstimmung der staatlichen Leistungen Wohngeld und Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und weitere Leistungsbezieher fordert. Die Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) werden zum allergrößten Teil von den Kommunen getragen. „Gerade die Heizkosten haben sich in den vergangenen Jahren als Kostentreiber erwiesen. Daher ist es nicht mehr gerechtfertigt, die Heizkosten beim Wohngeld im Unterschied zu den Unterkunftskosten nach dem SGB II außen vor zu lassen. Wir brauchen eine Wohngeldreform, die die Bruttowarmmiete berücksichtigt“, forderte Lohse. Allein zwischen 2009 und 2012 ist die Zahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen, von gut 1 Million auf knapp 783.000 Haushalte bundesweit gesunken. Trotz steigender Mieten und Heizkosten reduzierten sich dadurch auch die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern von gut 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf knapp 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2012. Zudem wurde der 2009 eingeführte Heizkostenzuschuss 2011

wieder abgeschafft. Im Gegenzug stieg die Zahl der Haushalte, die nur aufstockende Leistungen für Unterkunft und Heizung erhalten. Und das in einer Zeit, in der die Zahl der SGB II-Leistungsbezieher insgesamt aufgrund der guten Arbeitsmarktentwicklung abnahm. Das Wohngeld soll eine vorrangige soziale Leistung sein, die für einkommensschwache Haushalte angemessenes und familiengerechtes Wohnen sichert. Weil das Wohngeld seit fünf Jahren nicht an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst wurde, liegen inzwischen die Regelbedarfe nach dem SGB II einschließlich der Leistungen für Unterkunft und Heizung in vielen Städten für einen erheblichen Teil der Haushalte oberhalb der Höchsteinkommengrenzen für den Wohngeldbezug. Dies bedeutet konkret, dass viele Menschen statt Wohngeld inzwischen aufstockende Leistungen nach dem SGB II in Anspruch nehmen.

„Das Sozialgesetzbuch II wurde in erster Linie dafür geschaffen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen und während dieser Zeit finanziell abzusichern. Es war nicht als Wohnkostenhilfe für einkommensschwache Familien gedacht, wird aber in erheblichem Umfang auch so genutzt, weil das Wohngeld für viele Familien derzeit nicht greift. Fast 300 000 Haushalte erhalten zurzeit ausschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II. Ein höheres Wohngeld trägt nachweislich dazu bei, solche Haushalte von Erwerbstätigen aus dem Bezug von SGB II-Leistungen herauszuholen“, so Lohse. Nach der bisher letzten Novelle 2009 wechselten allein 120 000 Haushalte aus dem Bezug aufstockender Leistungen in den Wohngeldbezug. Zudem solle der Kinderzuschlag angehoben werden, um mehr einkommensarme Familien als bisher aus dem SGB II-Leistungsbezug herauszuholen. Um langfristig steigende Kosten zu vermeiden sei es notwendig, preiswerten Wohnraum zu schaffen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Dann müssten Sozialleistungen wegen hoher Mieten erst gar nicht beansprucht werden, machte Städtetagsvizepräsidentin Lohse abschließend deutlich.

Weitere Beschlüsse des Präsidiums in Plauen

- Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG)
- Inklusion im Schulbereich
- Positionspapier „Wohngeld und Kosten der Unterkunft nach dem SGB II“

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Christian Ude – ein überragender Politiker und einflussreicher Präsident des Deutschen Städtetages



Der Deutsche Städtetag würdigt den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude als überragenden Kommunalpolitiker und einflussreichen Städtetagspräsidenten. Mit einzigartiger Überzeugungskraft hat er die Städte in der Bundes- und Europapolitik vertreten und ihr Gewicht gestärkt.

Das erklären der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sowie Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus, anlässlich des Ausscheidens von Christian Ude Ende April aus seinem Amt als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München.

Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly betont: „Als Präsident des Deutschen Städtetages hat Christian Ude den Städten in den Debatten mit der Bundes- und Europapolitik sechs Jahre lang mit brillanter Überzeugungskraft Gewicht gegeben. Mit Christian Ude scheidet ein überragender Kommunalpolitiker aus dem Amt, der bundesweit hohe Anerkennung über Parteigrenzen hinweg genießt und die Politik unseres Verbandes in seiner engeren Führungsspitze über zehn Jahre hinweg maßgeblich mitgeprägt hat. Überaus kämpferisch engagierte er sich für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen und als glühender Verfechter der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist auch sein Verdienst, dass der Deutsche Städtetag als Stimme der Städte deutlich sichtbar ist und ernst genommen wird.“ Dank seiner Fähigkeit, komplexe Themen klar zu analysieren und auf den Punkt zu bringen, gelang es ihm, die Interessen der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger erfolgreich zu vertreten. Zu diesen Eigenschaften komme ein außergewöhnlicher Wortwitz und hintergründiger Humor hinzu, der die Zusammenarbeit mit Ude immer sehr angenehm gemacht habe.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, erklärt: „Oberbürgermeister

Christian Ude war ein einflussreicher Präsident des Deutschen Städtetages und eine wortgewaltige Ausnahmeerscheinung. Er hat sich mit Leidenschaft für die kommunale Selbstverwaltung eingesetzt und fühlte sich vor allem dem Gemeinwohl verpflichtet. Er hat erfolgreich für den Erhalt der Gewerbesteuer als wichtigste Steuerquelle der Städte gekämpft. Und er hat die kommunale Gestaltungsfreiheit im öffentlichen Nahverkehr und der Wasserversorgung mit klugen Argumenten gegenüber der Europäischen Union gesichert. Christian Ude verkörperte als Oberbürgermeister eindrucksvoll das Selbstbewusstsein einer leistungsfähigen Stadtpolitik.“

Zu den grundlegenden Erfolgen seiner Zeit in der Führungsspitze des Deutschen Städtetages zählen Maly und Articus die wiederholt erfolgreiche Verteidigung der Gewerbesteuer – mit einhelliger Rückendeckung der Städte in West und Ost – sowie wichtige Schritte zur Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben. Christian Ude setzte sich zudem immer dafür ein, dass über das Ob und Wie der Leistungen der Daseinsvorsorge vor Ort entschieden werden muss, um die Lebensqualität der Städte für ihre Einwohnerinnen und Einwohner entsprechend der lokalen Situation gestalten zu können. Sein Engagement erstreckte sich dabei nicht nur auf die Leistungen der Stadtwerke und städtischen Verkehrsbetriebe, sondern auch auf die kommunalen Krankenhäuser und Sparkassen. Sein Einsatz galt seit vielen Jahren ebenso einer möglichst umfassenden Integration unterschiedlicher Menschen in die Stadtgesellschaft sowie guten städtischen Angeboten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Kultur und Sport.

Oberbürgermeister Christian Ude war sechs Jahre Präsident des Deutschen Städtetages in den Jahren 2005 bis 2009 und 2011 bis 2013. In der engeren Führungsspitze des Verbandes wirkte er bereits seit 2003 mit, darunter auch zwei Jahre als Vizepräsident und zwei Jahre als stellvertretender Präsident. Dem Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gehörte er seit 1996 insgesamt 18 Jahre an. Sein Amt als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München hatte er fast 21 Jahre inne – seit 1993.

Verkehr vernetzen – Karlsruhe setzt auf intelligente Steuerung des Umweltverbunds

Von Dr. Frank Mentrup

Wo Menschen leben, entsteht Verkehr. Mobilität ist mit Wohnen und Arbeiten, Leben und Freizeit untrennbar verbunden. Menschen profitieren von Mobilität – und leiden unter Verkehrsbelastung. In Karlsruhe setzen wir konsequent auf den Umweltverbund. Zu Fuß oder mit dem Rad, per Auto oder ÖPNV: Unser Ziel ist, die Verkehrsarten in Stadt und Region optimal zu vernetzen und intelligent zu steuern.

In Karlsruhe ist Mobilität immer schon Teil der Identität. Bei uns wurde das weltweit beachtete „Karlsruher Modell“ mit Zweisystem-Fahrzeuge auf Stadt- und Bahnstrecken ins Umland erfunden. Die Stadt des Laufraderfinders Karl Freiherr von Drais radelt insbesondere in letzten Jahren mit kräftigem Pedaltritt an die bundesweite Spitze der Fahrradstädte – und Karlsruhe ist seit Jahren unangefochten Carsharing-Hauptstadt Deutschlands. Mit dem Verkehrsentwicklungsplan wurde zuletzt 2012 ein integrierter Rahmenplan für die verkehrliche Entwicklung erarbeitet. Er möchte dem Grundbedürfnis nach urbaner Mobilität gerecht werden – nachhaltig, stadtverträglich und leistungsfähig.

Einfach Umsteigen?!

Der Verkehrsplaner weiß: Die Leistungsfähigkeit eines Systems bemisst sich an der Leistungsfähigkeit der Knoten. Übertragen auf eine zukunftsfähige Multimodalität heißt dies: Passen die Verknüpfungen der Verkehrsarten heute – und passen sie auch morgen noch?

Viel stärker als früher kombinieren wir Verkehrsmittel miteinander. Wir fangen nicht bei Null an, müssen jedoch auf sich ändernde Bedürfnisse und neue Techniken – etwa E-Mobilität – reagieren. Das Erfolgskonzept der Stadt- und Verkehrsplanung lautet, das Umsteigen zu erleichtern. So ist in Bahnen und großen Bussen des Verkehrsverbundes die Mitnahme von Rädern außerhalb morgendlicher Spitzenzeit kostenlos möglich. Radabstellanlagen werden möglichst an allen Haltestellen, vor allem in der Region, vorgesehen, seit sechs Jahren gehören Leihfahrräder zum Stadtbild.

Wer zwischen Wohnung und Bahn-Haltestelle auf das eigene Auto setzt, trifft in der Region fast an jeder Sta-

tion auf kleine bis mittlere Park-and-Ride-Anlagen. Wir wollen Menschen soweit als möglich „an der Haustüre abholen“ – oder sie motivieren, nur eine kurze Strecke bis zur nächstgelegenen Haltestelle zu fahren. Das heißt auch: Riesige Terminals mit einem großen Einzugsbereich werden nicht angeboten.

Mit Vorfahrt für die Tram zur Baustellenhauptstadt

Wo anderenorts Schienen aus den Straßen gerissen wurden, setzten wir zum Gleissprung in die Region an. 1992 wurde auf der ersten Strecke der Zweisystem-Linienbetrieb aufgenommen. Seitdem fahren auf einem expandierenden Netz Stadtbahnen von den Bahnstrecken des Umlands direkt ins Karlsruher Zentrum. Der Verkehrsverbund verbindet den Schwarzwald, den Kraichgau, die Pfalz und Teile des Elsass untereinander und mit dem Oberzentrum Karlsruhe.

Mit einer dem Verkehrsaufkommen angepassten Vorrangschaltung genießen Trams an Karlsruher Kreuzungen Vorfahrt. Auch das schafft ÖPNV-Freunde! In den letzten Jahren haben wir das innerstädtische Straßennetz umfangreich ausgebaut.

Der Erfolg unseres Regio-ÖPNV hat uns mittlerweile eingeholt, die Tram-Folge in der Fußgängerzone drückt die Attraktivität der City. Abhilfe soll ein Stadtbahntunnel unter der Fußgängerzone schaffen – kombiniert mit dem Umbau einer Hauptverkehrsachse, der Kriegsstraße. Diese Kombilösung beherrscht derzeit, am Vorabend des 300-jährigen Stadtgeburtstages 2015, das Stadtbild. Auch wenn die Bautätigkeit oft lästig ist: Wir identifizieren uns zunehmend als „Baustellenhauptstadt“.

Am Hauptbahnhof ist ein zentraler Intermodalknoten entstanden, der weiter ausgebaut wird. Während über die Südseite ein leistungsfähiger Anschluss ans überregionale Straßennetz sowie für den Fernbusverkehr besteht – in Planung ist ein moderner Fernbusterminal –, bietet die ansprechend gestaltete Nordseite hervorragende Erreichbarkeit für Fußgänger, Radfahrer sowie Bus- und Bahnkunden des Nahverkehrs.

Eine echte Alternative zum Auto

Radfahren ist nach dem Zu-Fuß-Gehen die stadtverträglichste Mobilität. „Mehr Rad“ ist für uns die Antwort auf die Frage, wie wir uns in urbanen Siedlungen arrangieren wollen. Zumal das Rad innerorts bis zu fünf Kilometer das schnellste Verkehrsmittel ist. Kein nerviges Parkplatzsuchen, kein Umsteigen.

Daher hat der Karlsruher Gemeinderat 2005 einstimmig ein 20-Punkte-Programm zur Radverkehrsförderung beschlossen. Wichtigstes messbares Ziel war die Steigerung des Radverkehrsanteils von 16 auf 23 Prozent bis zum Jahr 2015 – und zwar zu Lasten des Kfz-Verkehrs. Einer Umverteilung innerhalb des Umweltverbundes wurde ausdrücklich eine Absage erteilt. Als verlagerbares Potenzial ausgemacht wurden die Kurzstrecken mit dem Auto, die fast die Hälfte aller Kfz-Fahrten ausmachten.

Die Haushaltsbefragung 2012 zum Mobilitätsverhalten hat gezeigt: Das für 2015 angestrebte Ziel wurde bereits drei Jahre früher erreicht. Jeder und jede Vierte nutzt mittlerweile das Fahrrad. Tatsächlich fand der Zuwachs im Radverkehr eindeutig durch Verlagerungen vom Kfz-Verkehr statt. Nun streben wir im integrierten Stadtentwicklungskonzept einen Radanteil von 30 Prozent bis 2020 an. Unsere Radverkehrsförderung trägt erste Früchte: 2011 wurden wir „Fahrradfreundliche Kommune in Baden-Württemberg“, 2012 kletterten wir bundesweit im ADFC-Fahrradklimatest unter den Großstädten auf den dritten Platz hinter Münster und Freiburg.

Autoteilen ist „in“

Autoteilen ist „in“ – und das in Karlsruhe nicht erst, seit der Glanz des Statussymbols Auto verblasst. Mit nahezu zwei Carsharing-Autos pro 1.000 Einwohner haben wir Ende Februar 2014 erneut den Titel Carsharing-Hauptstadt verteidigt – bei deutlichem Abstand zu nachfolgenden Großstädten.

Warum das so ist? Weil – neben dem guten Angebot von Stadtmobil – die Schnittstellen stimmen. Kurze Wege machen Carsharing und ÖPNV zu leistungsfähigen Partnern: Carsharing-Standorte werden meist in unmittelbarer Nähe zu Haltestellen des schienengebundenen Verkehrs nachgefragt: Liniennetzplan und Carsharing-Plan sind in Karlsruhe und im Umland auffallend deckungsgleich.

Für unsere Stadtplaner liegen die Vorteile auf der Hand: Carsharing-Mitglieder sind häufiger auch Nutzerinnen und Nutzer von ÖPNV und Fahrrad. Es gibt weniger „rollendes und parkendes Material“: Carsharing-Mitglieder verzichten oft auf das eigene Auto oder zumindest auf den Zweitwagen. Untersuchungen belegen, dass ein Carsharing-Fahrzeug acht bis zehn private Kraftfahrzeuge ersetzen. Das macht sich im öffentlichen Raum bemerkbar!

„Der Karlsruher (Fuß-)Weg“

Den Letzten beißen die Hunde – und das ist im Zweifelsfall der Fußgänger. Der Verkehrsentwicklungsplan hat gezeigt, dass auch in Karlsruhe die Fußgänger zu kurz kommen. Oft bekommen sie „Restflächen“, das, was beim Verteilen von Straßenfläche übrig geblieben ist. Hier habe ich in der künftigen Verkehrsplanung einen Schwerpunkt gesetzt, Fußverkehre müssen wir gleichberechtigt einbeziehen!

Derzeit erarbeiten wir das Programm „Der Karlsruher (Fuß-)Weg“. Es geht nicht darum, Karlsruherinnen und Karlsruher zu Stadtwanderern zu machen. Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Nahbereich der Menschen funktioniert. Einrichtungen des täglichen Bedarfs – Einkaufen, Kindergarten, Schule oder Freizeit – sollten fußläufig gut erreichbar sein.

Da geht es um mehr Möglichkeiten, eine Straße zu queren, um kürzere Wartezeiten an Lichtsignalanlagen und ausreichend breite Gehwege. Damit alle diese sicher nutzen können – ohne Konflikt mit parkenden Fahrzeugen. Gerade Letzteres stellt in Karlsruhe bislang Gewohntes in Frage. Jahrelang wurde Gehwegparken toleriert, das ist nicht mehr akzeptabel. Eine systematische Untersuchung hat zum Ziel, einen klaren, auf der StVO basierenden Umgang mit dem ruhenden Verkehr zu erhalten.

Verkehr managen

Bleibt die Frage: Bleibt der Kfz-Verkehr auf der Strecke? Ich gebe gerne zu, dass das Ziel, allen Verkehrsarten gleichberechtigt Raum zu geben, bei manchem Autofahrer zu einer „gefühlten“ Benachteiligung führt. Doch wie käme er voran, wenn alle Fahrrad- oder ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer auch mit dem eigenen Auto unterwegs wären?

Dazu muss man wissen: Der Kfz-Verkehr steht in Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten nach wie vor gut da. Eine Erkenntnis unter anderem aus dem Verkehrsentwicklungsplan ist, dass sich Staus und Wartezeiten – im Normalfall – im Vergleich zu anderen Großstädten in akzeptablem Rahmen bewegen. Wir wollen den Kfz-Verkehr möglichst stadtverträglich abwickeln. Das bedeutet, die negativen Auswirkungen auf Umwelt, Lärm und Verkehrssicherheit zu minimieren.

Ich verspreche mir viel von einem intelligenten Management: von Verkehrsinformationen über verschiedene Kanäle, von Störfallmanagement, leistungsfähiger Ampelsteuerung. Und von der grundsätzlichen Bereitschaft, mit angepassten Geschwindigkeiten unterwegs zu sein. Mehr Straße kann nicht die Antwort sein, sondern intelligentes Steuern der Autoverkehrsströme und ihrer Geschwindigkeit durch die Nutzung von Echtzeitdaten.

Wie plant man eine Planstadt weiter?

Momentan läuft in Karlsruhe ein spannender Prozess: Unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung arbeiten drei renommierte interdisziplinäre Planungsteams bis zum Sommer am „Räumlichen Leitbild Karlsruhe 2015“. Karlsruhe gilt als Musterbeispiel einer Planstadt. Seit vor nunmehr 299 Jahren Markgraf Karl Wilhelm sein Jagdschloss anlegte und am Reißbrett „Carlsruhe“ entwerfen ließ, ist der „Fächer“ mit den vom Schloss strahlenförmig abgehenden Achsen das wohl allgegenwärtigste räumliche Element der Stadt. Zum

300-jährigen Jubiläum fragen wir nun: Wie plant man eine Planstadt weiter? Wie verknüpft man Mobilität, städtisches Leben und Arbeiten über das Stadtbild?

So unterschiedlich die analytische Draufsicht ist: Augenfällig ist, dass jedes Planerteam unseren Blick auf vorhandene Stadtstrukturen lenkt und feststellt: Auch die Mobilität hat ihre – manchmal tiefen – Spuren im Stadtbild hinterlassen. Von „Verkehrsspaghetti“, von „guten Systemen, aber passt die Verpackung?“ und „großem Parkplatz“ ist bei der Analyse, vom „Bremsen, um zu beschleunigen“, von Radschnellwegen und „enkeltauglicher Stadtplanung“ beim Blick in die Zukunft die Rede.

Motor für neue Konzepte

Mein Fazit: Als Zukunftsthema kristallisiert sich zunehmend die nachhaltige Mobilität heraus. Notwendig ist eine gemeinsame Strategie für alle Verkehrsarten – gerade mit Blick auf das Bevölkerungswachstum Karlsruhes. Ich glaube, dass wir aufgrund unserer Größe, der schon vorhandenen Puzzleteile und der Karlsruher Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Mobilität Motor für die Entwicklung neuer Verkehrskonzepte sein können – und uns so mit an die Spitze einer Bewegung bei der für eine Großstadt in Mitteleuropa so wichtigen Fragestellung setzen können.

Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister von Karlsruhe

Mobil in Karlsruhe

Radverkehr	<ul style="list-style-type: none"> • Radnetz: über 200 Kilometer ausgeschilderte Routen • Leihfahrradsystem: rund 300 Räder
Carsharing	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtmobil: 200 Stationen mit 660 Fahrzeugen • jährliche Fahrleistung von Stadtmobil rund 20 Millionen Kilometer
ÖPNV	<ul style="list-style-type: none"> • Schienennetz des Karlsruher Verkehrsverbunds (KVV) knapp 720 Kilometer • Fahrgäste des KVV 2013: rund 180 Millionen Kundinnen und Kunden
Berufspendler	<ul style="list-style-type: none"> • Berufseinpender täglich: über 94.000 Menschen (mehr als 12 Prozent plus seit 2002) • Berufsauspendler täglich: rund 33.600 Karlsruherinnen und Karlsruher (mehr als 28 Prozent plus seit 2002)
Besucher der Innenstadt	<ul style="list-style-type: none"> • gut 60 Prozent nutzt den Pkw • knapp 40 Prozent nutzt öffentliche Verkehrsmittel (2006: 35,4 Prozent)



*Gute Pflege
braucht Begleitung.*

**Unser Maßstab:
PFLEGEBERATUNG
ZU HAUSE**

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de


Wir machen *Pflege* besser – für alle.

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

Eine urbane Agenda für Europa – Was ist von der EU-Initiative zu erwarten?

Von Walter Leitemann

So viel Stadt war selten. Wer Mitte Februar die Veranstaltung „Cities of Tomorrow“ der EU-Kommission in Brüssel besuchte, konnte sich gleich mehrfach wundern. Die Bedeutung der Städte stand im Zentrum der europäischen Debatte. Mehrere Redebeiträge von EU-Kommissaren und weiteren hochrangigen EU-Kommissionsvertretern klangen so, als hätte Brüssel Neuland entdeckt: nämlich die Städte als wichtige Akteure in der Europäischen Union. Verwunderlich war auch die hohe Wertschätzung, die die Kommission in der Veranstaltung den Städten entgegenbrachte. Ganz anders, als das im europapolitischen Tagesgeschäft der Fall ist. Dort wird ohne Rücksicht auf kommunale Tradition und bestehende kommunale Selbstverwaltungsstrukturen in kommunale Zuständigkeitsbereiche eingegriffen und geregelt und umorganisiert.

Aber der Reihe nach. Unter der Ägide der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung und ihres Kommissars Johannes Hahn hatte die EU-Kommission zu einem zweitägigen Veranstaltungsmarathon eingeladen, bei dem die Liste der Redner so umfangreich war, wie in anderen Veranstaltungen die Liste der Teilnehmer. Die Veranstaltung war aus der Sicht der EU-Kommission der Auftakt eines Prozesses des Nachdenkens über eine urbane Agenda der EU.

Langjährige Beobachter des Brüsseler Geschehens hatten erkennbar Mühe, den Sinn der Veranstaltung richtig einzuordnen. Gab es in der Vergangenheit nicht schon jede Menge Grün- und Weißbücher sowie diverse Mitteilungen der EU-Kommission, von denen jedes einzelne dieser Dokumente mühelos als urbane Agenda bezeichnet werden könnte? Gab es nicht schon im Jahre 1997 eine Mitteilung der EU-Kommission mit dem Titel „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union“ mit der die Kommission untersuchte, wie die „Wirksamkeit vorhandener Gemeinschaftsinterventionen in den städtischen Gebieten“ verbessert werden kann und in der sie bekannte, dass „sich vieles durch einen gezielteren Ansatz erreichen (ließe), bei dem die vorhandenen Instrumente auf einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene sowie eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination auf allen Ebenen eingesetzt werden“? Und schon damals fehlte nicht der Hinweis, dass die „städtischen Behörden ... umfassend mitwirken (sollten), da es ohne

ihre aktive Beteiligung keine wirksamen Lösungen geben kann.“ Die Frage, ob wir in der Diskussion um die Rolle der Städte in Europa nicht schon viel weiter sind als es die Veranstaltung der EU-Kommission suggeriert, wurde im Verlauf der Konferenz mehrmals gestellt. Kommissar Hahn räumte freimütig ein, dass man mit der Diskussion nicht bei Null anfangen und es bereits gute Ansätze für eine urbane Agenda gäbe. Jetzt gehe es allerdings darum, die Diskussion nicht mehr punktuell zu führen, sondern einen permanenten Diskussionsprozess zu beginnen.

Ziele einer urbanen Agenda

Um den Reflexionsprozess für eine urbane Agenda der EU anzustoßen, präsentierte die EU-Kommission ein sogenanntes Issue-Paper, in dem sie folgende Fragen stellte: „Welches sollten die Inhalte einer urbanen Agenda der EU sein?“ „Wie sollte eine urbane Agenda der EU umgesetzt werden?“

Bei der Diskussion nach den möglichen Inhalten zeigt sich eine große Bandbreite von Vorstellungen. EU-Kommissar Hahn äußerte den Wunsch, nach einer Agenda mit konkreten Zielen, konkreten Aktionen und einem Leitbild. Diese Vorstellung einer urbanen Agenda der EU als städtischer Themenkatalog in und für Europa, fand große Zustimmung. Im Idealfall, so ein Redebeitrag während der Veranstaltung, enthält in Zukunft das Arbeitsprogramm der EU ein eigenes Kapitel „Urbane Agenda“. Viele Konferenzteilnehmer verbanden mit dem Begriff „Urbane Agenda“ vor allem die Chance zu mehr Kommunikation und Austausch untereinander und mit der EU-Kommission. Eine urbane Agenda der EU ist in diesem Verständnis also vor allem Transparenz und Austausch über städtische Problemlagen und Problemlösungen (best practise exchange) und mehr Partizipation bei der Gestaltung europäischer Politikbereiche mit städtischer Relevanz. Diese Vorstellung vom Sinn und Nutzen einer urbanen Agenda stieß bei Kommissar Hahn auf offene Ohren. Ob eine urbane Agenda der EU nur eine Auflistung urbaner Problemlagen von europapolitischer Bedeutung mit europäischem Regelungsbedarf sein soll, oder aber nicht doch weitergehenden Zielen dienen könnte, machte ein Beitrag eines Vertreters der polnischen Regierung deutlich. Für ihn sollte eine urbane

Agenda als eine Art „Road Map“ für die Stadt der Zukunft dienen, die dann auf nationaler Ebene umgesetzt wird.

Warum jetzt?

Eine Antwort auf die Frage, warum die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt eine Diskussion über eine urbane Agenda der EU anstieß, blieb am Ende vage. In zwei Monaten wird ein neues EU-Parlament gewählt und in acht Monaten kommt eine neue EU-Kommission ins Amt. Zwei wichtige EU-Institutionen befinden sich also gerade in der Endphase ihres Mandats. In einer solchen Situation werden eigentlich letzte „Aufräumarbeiten“ angegangen und nicht neue grundlegende Prozesse angestoßen, die weit über die eigene Mandatszeit hinausreichen. Kommissar Hahn sprach diesen Aspekt in seiner Eröffnungsrede nur kurz mit dem Hinweis an, dass die jetzige Kommission am Ende ihrer Amtszeit der neuen Kommission ein Erbe hinterlassen wolle. Man wird sehen, ob die neue Kommission sich dermaßen binden lässt und den Ball aufnimmt. Der Zeitpunkt der Initiative ist auf jeden Fall ungünstig und könnte dazu führen, dass ein Projekt, das von niemandem in Frage gestellt wurde, so endet, wie die vielen zuvor gestarteten Anläufe, die Kommunen als wichtige Akteure stärker ins Blickfeld der europäischen Politik zu rücken. Vielleicht braucht es aber auch gar keiner weiteren aufwendigen Aktionen, wenn sich die Kommission die Mühe machen würde,

das endlich aufzugreifen und ernst zu nehmen, was bereits erarbeitet wurde und irgendwo auf den Brüsseler Schreibtischen rumliegt. Denn wenn eines in den beiden Veranstaltungstagen deutlich wurde, dann dies: Die EU hat, was die Kommunen angeht, kein Erkenntnis- und Konzeptdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Die von Kommissionspräsident Manuel Barroso per Videobotschaft eingespielte Feststellung, dass Europa nicht gelingt, wenn es nicht in den Kommunen erfolgreich ist und die geradezu rituell von vielen Rednern aufgezählten urbanen Kennziffern, denen zufolge 70 Prozent der Menschen in der EU in Städten leben und in den Städten 67 Prozent des europäischen Bruttonettoproduktes erarbeitet werden, sind keine Neuigkeiten, für die man nach Brüssel hätte kommen müssen. Was der EU fehlt, ist die Fähigkeit oder der Wille, daraus Europapolitik mit kommunalem Augenmaß zu formen. Vielleicht ist es also gar nicht so schlimm, wenn die nächste EU-Kommission den Ball, den ihr die alte EU-Kommission zuspielt, nicht aufnimmt. Es wäre schon genug, wenn sie aus der Initiative von Kommissar Hahn das aufnimmt, was mehrere Redner in unterschiedlichen Formulierungen als Botschaft äußerten: Hört auf zu reden, fangt an zu handeln: stop talking, it's time for action.

Walter Leitermann
Hauptreferent des Deutschen Städtetages

Aus den Städten

Würzburg: Straßenfußballprojekt Buntkicktgut gestartet

Buntkicktgut ist eine interkulturelle Straßenfußballliga. Nach München, Dortmund und Berlin ist Würzburg ein weiterer Standort des bundesweit nachgefragten Modells. Im Vordergrund geht es darum, Jugendliche ohne Vereinsbindung, die sich auf den Bolzplätzen zum Kicken treffen, zu Mannschaften zusammen zu führen. Die Spieler werden auch zu Schiedsrichtern und Street Football Workern ausgebildet. Genau hier setzt die hintergründige Arbeit an, denn buntkicktgut fördert Integration, Identifikation und Identität. Vom DFB wurde buntkicktgut mit dem Integrationspreis ausgezeichnet. Weitere Informationen finden Sie unter buntkicktgut.de/wuerzburg.

Greifswald: Internetseite für Caspar David Friedrich

Greifswald präsentiert alle Einrichtungen und Angebote der Region, die sich dem großen Sohn der Stadt Caspar David Friedrich widmen mit einem Internetauftritt unter www.caspar-david-friedrich-greifswald.de. Bis heute gibt es in Greifswald eine Reihe authentischer Orte, an denen die Lebensstationen des bedeutendsten Malers der Romantik nachvollzogen werden können. Einen Teil seiner Werke finden sich im Pommerschen Landesmuseum. Bis zum Herbst 2014, wenn der 240. Geburtstag des Malers begangen wird, steht Greifswald ganz im Zeichen der Romantik. Höhepunkt der zahlreichen Veranstaltungen ist eine Romantik-Festwoche vom 30. August bis 6. September 2014.

»» Wir investieren, damit unsere
Gemeinde attraktiv bleibt. Für die
Großen und die Kleinen.

Mit den KfW-Förderkrediten für Kommunen
und kommunale Unternehmen.



Ob Kinderbetreuung, Energiewende oder demografischer Wandel: Als größte deutsche Förderbank unterstützt Sie die KfW dabei, den Herausforderungen eines modernen Gemeinwesens gerecht zu werden. So erhalten Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen günstige Finanzierungsangebote, um die regionale Infrastruktur zu verbessern. Denn damit bleibt Ihre Gemeinde auch in Zukunft attraktiv für Familien und Unternehmen. Mehr Informationen auf www.kfw.de/infrastruktur

Bank aus Verantwortung

KFW

Deutscher Bürgerpreis 2014: „Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben“

Deutschlands größter Ehrenamtspreis, der Deutsche Bürgerpreis 2014 steht unter dem Motto „Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben!“. Gesucht werden Engagierte, die sich für gesellschaftliche Teilhabe, Toleranz und Akzeptanz einbringen. Bis zum 30. Juni können sich Projekte bewerben oder einen engagierten Mitmenschen für die Kategorien „U21“, „Alltagshelden“, „Engagierte Unternehmer“ und „Lebenswerk“ vorschlagen. Den Preisträgern winken Geld- und Sachpreise für ihr ehrenamtliches Projekt. Der Bürgerpreis wird von der Initiative „für mich. für uns. für alle“ ausgeschrieben. Der Deutsche Städtetag ist Partner.

Im vergangenen Jahr bewarben sich über 2.700 Engagierte und Projekte um den Ehrenamtspreis. Bundesweit wurden Preisgelder in Höhe von mehr als 400.000 Euro von den beteiligten Instituten vergeben.

Mehr Informationen zur Direktbewerbung finden Sie unter www.deutscher-buergerpreis.de.

Kommunales Personalmarketing: KGSt veröffentlicht Empfehlungen

Der Mangel an Fach- und Führungskräften, der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und ein verändertes Leistungsspektrum der Kommunen macht professionelles kommunales Personalmarketing unverzichtbar. Was dafür in Kommunalverwaltungen getan werden kann, zeigt der Bericht 6/2013 „Kommunales Personalmarketing“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Konkrete Handlungsempfehlungen und erste kommunale Praxisbeispiele stehen dabei im Mittelpunkt. Beispielsweise die Ansprache neuer Zielgruppen, Online-Recruiting, Online-Jobbörsen und Social-Media sowie aktive Öffentlichkeitsarbeit, Auszeichnungen und professionelle Auswahlverfahren werden vorgestellt. Der Bericht schließt mit dem Hinweis auf die passgenaue Verwaltungs- und Führungskultur und die notwendigen Instrumente des Personalmanagements.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der KGSt unter www.kgst.de.

Personalien

Deutscher Städtetag



Hans Schaidinger, langjähriger Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, wurde Ende März in Plauen feierlich aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet. Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly betonte seine Geradlinigkeit und Leidenschaft, mit der er jahrelang für die Sache der Städte kämpfte.

Seit 2002 wirkt der CSU-Politiker in Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit und ist seit 2009 zudem Stellvertreter des Städtetagspräsidenten. In diesem Amt folgt ihm ab 1. Mai der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung nach. Den Bayerischen Städtetag führte Schaidinger von 2005 bis 2011 und ist derzeit noch stellvertretender Vorsitzender. Er lenkt die Geschicke der Stadt Regensburg seit 1996 und wurde zweimal wiedergewählt. Hans Schaidinger geht zum Ende seiner Amtszeit zum 30. April in den Ruhestand.

Neuwahl



Michael Cerny (CSU) wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Amberg gewählt. Er wird Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer (CSU) ablösen, der seit 1990 an der Stadtspitze steht und seit 2006 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ist. Michael Cerny repräsentiert die Stadt Amberg bereits seit 2002 als Bürgermeister.



Bernhard Daldrup ist neuer kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der aus Nordrhein-Westfalen stammende Abgeordnete tritt die Nachfolge des langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten Bernhard Scheelen an, der nicht mehr dem Bundestag angehört. Bernhard Daldrup ist seit 2003 Landesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW. Er zog 2013 erstmals in den Bundestag ein.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach, **Gudrun Heute-Bluhm** (CDU), ist zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Städtetages Baden-Württemberg gewählt worden. Sie folgt auf Professor Stefan Gläser. Gudrun Heute-Bluhm ist Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und ist seit 1995 im Amt.



Dr. Florian Janik (SPD) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Erlangen. Er folgt auf Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, der seit 1996 im Amt ist. Seit 2002 ist der CSU-Politiker Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Ulf Kämpfer (SPD) ist der neue Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel. Der bisherige Staatssekretär aus dem Umweltministerium von Schleswig-Holstein folgt auf die zurückgetretene Verwaltungschefin Susanne Gaschke (SPD).



Christian Kegel (SPD) wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Traunstein gewählt. Er löst Manfred Kösterke (parteilos) ab, der seit 2008 an der Stadtspitze steht.



Thomas Kiechle (CSU) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Kempten. Er folgt auf Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer (CSU), der seit 18 Jahren im Amt und seit 2007 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ist.



Dr. Christian Lösel wird neuer Oberbürgermeister von Ingolstadt. Der CSU-Politiker war berufsmäßiger Stadtrat und Referent des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Alfred Lehmann (CSU), der seit zwölf Jahren an der Stadtspitze steht.



Harry Mergel wird neuer Oberbürgermeister von Heilbronn. Der Sozialdemokrat ist bisher Bürgermeister und tritt die Nachfolge des langjährigen Oberbürgermeisters Helmut Himmelsbach (parteilos) an. Seit 1999 engagiert sich Himmelsbach als Präsidiumsmitglied und seit 2005 als Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages und gehört auch dem Hauptausschuss an.



Margret Mergen (CDU) wurde zur neuen Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden gewählt. Sie löst den bisherigen Amtsinhaber Wolfgang Gerstner (CDU) ab, der seit 2006 an der Spitze der Stadt steht. Margret Mergen ist seit 2009 Erste Bürgermeisterin von Karlsruhe.



Dieter Reiter (SPD) wurde neu ins Amt des Münchner Oberbürgermeisters gewählt. Reiter ist bisher Wirtschaftsreferent der Landeshauptstadt und wird Nachfolger von Christian Ude. Der Sozialdemokrat führt die Landeshauptstadt seit 1993, seit 2005 war er insgesamt 6 Jahre Präsident des Deutschen Städtetages.



Reinhard Sager (CDU) ist neuer Präsident des Deutschen Landkreistages. Der Landrat des Kreises Ostholstein übernimmt das Präsidentenamt des kommunalen Spitzenverbandes von Landrat Hans Jörg Duppré, der das Amt elf Jahre lang inne hatte.



Christian Schuchardt (CSU) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Würzburg. Er war bisher Finanz- und Personalreferent der Stadt und löst Oberbürgermeister Georg Rosenthal (SPD) ab, der seit 2008 an der Stadtspitze steht.



Norbert Tessmer (SPD) wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Coburg gewählt. Er folgt auf Norbert Kastner (SPD), der das Amt seit 1990 inne hat und Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ist.



Oliver Weigel (CSU) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Marktredwitz gewählt. Er wird Nachfolger der parteilosen Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder, die seit 1990 im Amt ist. Beim Deutschen Städtetag engagiert sie sich seit 2006 im Präsidium und seit 2002 im Hauptausschuss.



Joachim Wolbergs (SPD) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Regensburg. Der Sozialdemokrat ist seit 2008 Bürgermeister der Stadt und folgt auf den langjährigen Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU).

Wiederwahl



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, **Gabriele Bauer**, wurde erneut wiedergewählt. Die CSU-Politikerin hat das höchste Amt der Stadt seit 2002 inne.



Stefan Bosse bleibt für eine weitere Amtszeit Oberbürgermeister von Kaufbeuren. Der CSU-Politiker steht seit 2004 an der Spitze der Stadt.



Jürgen Dupper, Oberbürgermeister der Stadt Passau, wurde im Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat wurde 2008 erstmals zum Oberbürgermeister gewählt.



Der Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, **Dr. Kurt Gribl** wurde wiedergewählt. Der CSU-Politiker steht seit 2008 an der Stadtspitze und wirkt seitdem im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit.



Dr. Thomas Jung wurde in seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Fürth bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2002 an der Stadtspitze und wurde zum zweiten Mal im Amt bestätigt.



Der Nürnberger Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly** wurde wiedergewählt und steht vor seiner dritten Amtszeit als Oberbürgermeister der Frankenmetropole. Der Sozialdemokrat ist seit 2013 Präsident des Deutschen Städtetages sowie seit 2011 Vorsitzender des Bayerischen Städtetages. Dem Präsidium des Deutschen Städtetages gehört er seit dem Jahr 2005 an.



Gerold Noerenberg (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, wurde wiedergewählt. Er steht seit 2004 an der Stadtspitze.



Markus Pannermayr, Oberbürgermeister der Stadt Straubing, wurde im Amt bestätigt. Der CSU-Politiker führt die Stadt seit 2008. Seit verganginem Jahr wirkt er in Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit.



Der Schweinfurter Oberbürgermeister **Sebastian Remelé** (CSU) wurde wiedergewählt. Er hat das höchste Amt der Stadt seit 2010 inne.



Kurt Seggewiß bleibt Oberbürgermeister der Stadt Weiden in der Oberpfalz. Der Sozialdemokrat trat sein Amt 2007 an.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach, **Carla Seidel**, wurde im Amt bestätigt. Sie wurde 2008 erstmals gewählt. Carla Seidel ist parteilos.



Matthias Thürauf (CSU) wurde als Oberbürgermeister von Schwabach wiedergewählt. Er steht seit 2008 an der Stadtspitze.

Geburtstage



Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, feierte am 16. April seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat bekleidet das höchste Amt der Stadt seit 2009. Jürgen Nimptsch wirkt seit 5 Jahren im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit.

Tolle Performance!

Die Interamt App 3.2.



INTERAMT.DE

DAS STELLENPORTAL DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES

14.000 USER KÖNNEN NICHT IRREN. Die mobile App für Android und iPhone bietet Interamt für unterwegs: suchen, merken, erinnern, teilen, lokalisieren, Suche speichern.

JETZT KOSTENLOS HERUNTERLADEN UND NICHTS MEHR VERPASSEN!



Finanzen

10. Deutscher Kämmerertag

Fachkongress von „Der Neue Kämmerer“
1. bis 2. Oktober 2014 in Berlin

Weitere Informationen unter derneuekaemmerer.de/dkt

Integration

Integration und Arbeitsmarkt „Städte I(i)eben Vielfalt!“

3. Konferenz des Deutschen Städtetages,
der Stadt Bielefeld und der Robert Bosch Stiftung
20. November 2014 in Bielefeld

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Soziales

Tag der kommunalen Jobcenter 2014

Fachtagung des Deutschen Städtetages und
des Deutschen Landkreistages
28. April 2014 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Stadtentwicklung

Nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung

10. Deutsches CSR-Forum
7. bis 8. Mai 2014 in Ludwigsburg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Städtebau und Verkehr

Fachtagung des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München
und des Instituts für Städtebau Berlin
19. bis 20. Mai 2014 in Berlin

Weitere Informationen unter www.isw-isb-buchungen.de

Verkehr

Deutscher Straßen- und Verkehrskongress 2014

30. September bis 2. Oktober 2014 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.fgsv-kongress.de

Wirtschaft

Tag der Kommunalwirtschaft

„Wachstum durch Wertschöpfung vor Ort“

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des VKU
29. bis 30. April 2014 in Hannover

Weitere Informationen unter www.tagderkommunalwirtschaft.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten

Seminar des Deutschen Städtetages
17. bis 19. September 2014 in Lüneburg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, April 2014

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de